



INFOMAIL

Berliner Politik aus Sicht Ihres Wahlkreisabgeordneten in Karlsruhe-Land

Freitag, 02. März 2018

Band 12, Ausgabe 4

Themen

- Rente
- Integration
- Individualverkehr
- Frauen

«Das System schafft Möglichkeiten für die flächendeckende Kontrolle der gesamten Gesellschaft.»

(Mareike Ohlberg, wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Mercator Institut für China Studien (Merics) in Berlin, über die Modellprojekte zur Vergabe von Sozialpunkten in China)

In dieser Ausgabe:

Mehr Sicherheit 2

Kultur bewahren 2

Weltfrauentag 3

Aus dem Haushaltsausschuss 3

Aus der Fragestunde

Dieseler Urteil - Maß und Mitte wahren

Klares Signal für die Regierungsbildung

Nachdem die CSU bereits am 8. Februar zugestimmt hat, hat diese Woche auch der CDU-Bundesparteitag mit einer überwältigenden Mehrheit bei nur 27 Gegenstimmen ein klares Ja zum Koalitionsvertrag beschlossen. Mit der Zustimmung zum Koalitionsvertrag hat die Union ihren Beitrag für die Bildung einer stabilen Regierung für unser Land geleistet. In der Welt, die sich durch die Digitalisierung sowie die europa- und außenpolitischen Herausforderungen immer schneller verändert, ist es auch dringend nötig, dass wir Antworten auf offensichtlich drängende Probleme finden und durchsetzen.

Wann immer die Union die Bundesregierung führte, waren die Perspektiven für unser Land gut und der wirtschaftliche Erfolg gesichert. In den letzten drei Legislaturperioden haben wir bewiesen, dass Deutschland, seine Bürger, seine Unternehmen, seine Vereine, Wissen-

schaft und Kultur viel leisten können. Jetzt soll mit Angela Merkel als Bundeskanzlerin der Weg der behutsamen Erneuerung und des wirtschaftlichen Erfolgs weiter fortgesetzt werden.

Dort, wo noch Defizite bestehen oder die Bürger sich sorgen, etwa im Bereich der Digitalisierung oder bei der Handlungsfähigkeit des Staates, soll die neue Regierungskoaliti-

on kraftvoll ansetzen und Deutschland voranbringen.

Unser Land ist ein Land der Chancen und der Ideen. Wir wollen dieses Potential, um das uns die Welt beneidet, erhalten und ausbauen.

Die Wahl von Annegret Kramp-Karrenbauer zur neuen Generalsekretärin der CDU Deutschlands ist als Zeichen der Erneuerung ein starkes Signal für die Zukunft der Volkspartei CDU. Es ist außergewöhnlich, dass Annegret Kramp-Karrenbauer ihr Amt als Ministerpräsidentin aufgegeben hat, um als Generalsekretärin der Partei zu dienen. Dies zeugt von großer Verantwortungsbereitschaft, die wir gerade in diesen unruhigen politischen Zeiten brauchen.

Gleichzeitig gilt unser Dank unserem Kollegen Peter Tauber für seinen unermüdlischen Einsatz und sein Wirken in den letzten vier Jahren als Generalsekretär.

Wir bedauern die unglücklichen Umstände seines Ausscheidens und wünschen ihm sowie der neuen Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer für die Zukunft alles Gute und viel Erfolg.



Quelle: Deutscher Bundestag

Mehr Sicherheit

Die Sicherheit unserer Bürger hat für uns höchste Priorität. Es gilt, kriminelle und terroristische Taten in unserem Land mit allen Mitteln zu verhindern. Deshalb soll die Handlungsfähigkeit unseres Staates fortwährend an aktuelle Anforderungen angepasst werden.

Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, dass die Sicherheitsbehörden gleichwertige Befugnisse im Internet wie außerhalb des Internets brauchen. Auch die Kommunikation von Kriminellen und Terroristen erfolgt kaum mehr über das klassische Telefon. Die Befugnisse der Ermittler müssen damit einhergehen.

Mit der Möglichkeit, Doppel-

staatlern die deutsche Staatsangehörigkeit zu entziehen, wenn sie für eine Terrormiliz im Ausland gekämpft haben, haben wir eine weitere Unionsforderung im Koalitionsvertrag durchgesetzt. Auch wurde vereinbart, die Sicherheitsbehörden mit deutlich mehr Personal auszustatten - allein der Bund wird zusätzlich 7.500 neue Stellen schaffen. Deutschland wird damit wehrhafter und stärker, um Kriminalität und Terror zu bekämpfen.

Seit dem islamistischen Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz ist über ein Jahr vergangen. Anlässlich fort dau-

ernder neuer Informationen über die Umstände des Anschlags wollen wir besser aufklären, wie es trotz Warnungen, trotz zahlreicher Hinweise und trotz der Polizeibekanntheit des Täters zu dem Anschlag kommen konnte.

Ziel des Untersuchungsausschusses ist es, aus den Erkenntnissen weitere Schlüsse insbesondere für unsere Sicherheitsarchitektur und das Asyl- und Aufenthaltsrecht samt seinem Vollzug zu ziehen. Der Untersuchungsausschuss soll auch Empfehlungen für die Unterstützung von Hinterbliebenen und Opfern solcher Anschläge abgeben.



Kultur bewahren

Der Koalitionsvertrag umfasst für den Bereich Kultur und Medien eine Vielzahl von Vorhaben. So sollen im Zusammenwirken mit den Ländern und unter Wahrung der Zuständigkeiten die kulturelle Infrastruktur und föderale Vielfalt in der Fläche erhalten werden.

Erfolgreiche Programme der Kulturstiftung des Bundes wie „TRAFÖ“ oder „Kulturagenten“ sollen ausgebaut werden. Unsere breite Bibliothekslandschaft soll gesichert werden. Das Programm „Investitionen für nationale Kultureinrichtungen in Ostdeutschland - InvestOst“ wird im Zuge einer Mittelerhöhung zukünftig als gesamtdeutsches Programm aufgelegt.

Mit einem „Zukunftsprogramm Kino“ wollen wir den Kulturort Kino auch außerhalb von Großstädten erhalten.

Die von der Union immer wieder initiierten Sonderdenkmalschutzförderprogramme haben gerade in der Fläche gewirkt. Für die notwendige weitere Sanierung denkmalgeschützter Gebäude soll es ein dauerhaftes Bundesprogramm Denkmalschutz in Kofinanzierung mit den Ländern geben.

Ebenso soll eine Industriekultur-Förderung neu etabliert werden. Zur deutschlandweiten und grenzüberschreitenden Förderung der freien Kulturszene gibt es Überlegungen für eine Initiative „Kultur in den Regionen“.

Der Etat der Deutschen Welle soll substanziell erhöht werden, sodass diese mit den großen europäischen Wettbewerbern auch finanziell mithalten kann. Unser Auslandssender leistet für die globale Presse-



und Meinungsfreiheit unverzichtbare Beiträge. Die Deutsche Welle trägt deutsche Sichtweisen und europäische Werte in die Welt. Populismus, Propaganda, anhaltender Migrationsdruck auf Europa sowie Kriege und Spaltung in der arabischen Welt sind nur einige Gründe, die internationale Stimme unseres Landes nachhaltig zu stärken.

Weltfrauentag

Anlässlich des Internationalen Weltfrauentages haben wir diese Woche im Plenum des deutschen Bundestages über das Miteinander der Geschlechter in Deutschland debattiert. Im Koalitionsvertrag sind die Weichen dafür gestellt, dass wir in Deutschland bei der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern in vielen Bereichen weiter vorankommen. Der internationale Weltfrauentag am 8. März ist uns Auftrag und Ansporn zugleich.

Dem öffentlichen Dienst etwa kommt bei der Gleichstellung

eine Pilotfunktion zu. Wir wollen daher die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Leitungsfunktionen im öffentlichen Dienst bis 2025 erreichen. Wir werden auch daran arbeiten, die Bezahlung in Pflegeberufen schrittweise weiter zu verbessern. Der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen hierzulande hängt auch mit der unterschiedlichen Bewertung der Berufe zusammen. Die derzeitige Entlohnung von Pflegekräf-

ten ist nicht angemessen im Hinblick auf die Belastungen, die dieser Beruf mit sich bringt.



Quelle: Deutscher Bundestag

Für uns als Union geht eine tatsächliche Gleichstellung Hand in Hand mit mehr Familienfreundlichkeit in unserem Land. Beides voranzubringen ist unser Ziel. Auf unsere Initiative hin

wurde die Familienfreundlichkeit als Leitprinzip im Koalitionsvertrag besonders verankert.

Aus dem Haushaltsausschuss

Im Haushaltsausschuss haben wir am Mittwoch unter anderem über die Einrichtung eines staatlichen Entschädigungssystems zur Ergänzung der Renten von in der "DDR" geschiedenen Frauen debattiert.

Da Frauen im Gesellschaftssystem der ehemaligen "DDR" in der Regel in den wirtschaftlichen Arbeitsprozess eingebunden waren und daher heute auch durchschnittlich deutlich höhere

eigene Rentenansprüche haben als Rentnerinnen im Westen, wurde dort bei Scheidungen bis Ende 1991 - anders als in der Bundesrepublik - kein Versorgungsausgleich durchgeführt - jeder Ehepartner erwarb und behielt seine eigenen Rentenansprüche.

Da im Zuge der deutschen Einigung mit der Übernahme des Rechtes in der Bundesrepublik bei Scheidungen ab 1992 ein Versorgungsausgleich stattfand, haben einige Frauen bei einem

früheren Scheidungstermin nach "DDR"-Recht von der Beendigung ihrer Partnerschaft finanziell nicht profitiert.

Wie im Koalitionsvertrag vorgesehen soll jetzt für entstandene Härtefälle in der Grundsicherung im Rentenüberleitungsprozess ein Ausgleich durch eine Fondslösung geschaffen werden, die gegebenenfalls ebenso für die Gruppe der Spätaussiedler und der jüdischen Kontingentflüchtlinge Anwendung findet.

Aus der Fragestunde

Auf meine Frage nach dem Erfolg berufsbezogener Deutschkurse für Zugewanderte hat die Bundesregierung geantwortet, dass sich die Teilnehmerzahl in 2017 mit mehr als 107.000 im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdreifacht hätte. Zahlen zum Erfolg der Teilnehmer sollen im Verlauf des Jahres vorliegen.

Stichprobenartig bekannte

Prüfungsergebnisse zeigen jedoch bereits heute, dass ein erheblicher Teil der Teilnehmer das Kursziel nicht erreicht. Auf einige Problemursachen wurde bereits reagiert—so etwa durch den Einsatz von mehr Sozialpädagogen. Eine Evaluierung ab Ende 2018 soll nach der Beendigung des Aufbaus der berufsbezogenen Deutschsprachförderung mehr Klarheit schaffen.

Da der Integrationserfolg wie der berufliche Erfolg der Zugewanderten mit dem deutschen Spracherwerb steht und fällt, hoffe ich auf möglichst viele erfolgreiche Kurs Teilnehmer und werde mich weiter dafür einsetzen, Kursangebote und Ausbildungsstrukturen entsprechend zu verbessern und anzupassen.

AXEL E. FISCHER
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030-227-73790
Fax: 030-227-76677
E-Mail: axel.fischer@bundestag.de

«Die IT-Systeme sind derzeit wie eine Wasserleitung, bei der an unendlich vielen Stellen das Wasser rausspritzt. Und es wird viel darüber gestritten, ob man die Lecks mit blauem oder rotem Heftpflaster abdichtet. Wir benötigen aber eine neue Leitung.»

(Frank Rieger vom Chaos Computer fordert angesichts des Spionageangriffs auf das Bundesdatennetz ein Umdenken bei der IT-Sicherheit)

Dieseurteil - Maß und Mitte wahren!

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zu Dieselfahrverboten sorgte diese Woche für Aufregung. Anders als zunächst befürchtet verlangt es jedoch keine generelle und bundesweite Einführung von Fahrverboten. Es hat ausschließlich Auswirkung in den Städten, in denen die Luftqualitätsgrenzwerte derzeit nicht eingehalten werden.

Dort wo Verbote potentiell verhängt werden könnten, gelten deutliche Einschränkungen. Solche müssen laut Richterspruch verhältnismäßig ausgestaltet werden. Die Umsetzung des Urteils insgesamt verlangt Augenmaß.

Die Städte Düsseldorf und Stuttgart, um die es in dem Urteil maßgeblich ging, sind laut BVerwG angehalten, ihre Luftreinhaltepläne auf Verhältnismäßigkeit zu prüfen. Das Urteil sieht hierfür Übergangsfristen vor. Wir müssen die Kommunen jetzt gezielt und individuell unter Berücksichtigung der jeweiligen Gegebenheiten vor Ort unterstützen, um die Luftreinhaltung zu gewährleisten. Auch müssen wir die

laut Urteil möglichen Ausnahmeregelung für Handwerker intensiv nutzen, um Schaden von unserem Mittelstand abzuwenden. Insgesamt gilt es, die Automobilindustrie aktiv in die weitere Lösung einzubeziehen.

Für die Reinhaltung der Luft wurde bereits einiges getan. Als Sofortmaßnahme ist vereinbart, dass die Automobilindustrie 5,3 Millionen der aktuell in Deutschland zugelassenen Diesel-Pkw in den Schadstoffklassen Euro 5 und 6 optimieren wird. Damit soll eine Reduktion der Stickoxide um 25-30 % bis zum Jahresende 2018 erreicht werden.

Die Kosten hierfür werden die Hersteller tragen.

Mit dem „Sofortprogramm Saubere Luft“ der Bundesregierung werden weitere Maßnahmen im Umfang von 1 Milliarde Euro ergriffen. Darunter 393 Millionen Euro für Maßnahmen zur Elektrifizierung des Verkehrs, 107 Millionen Euro für die Nachrüstung von Diesel-Bussen im ÖPNV und 500 Millionen Euro für Maßnahmen zur Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme.

Die in der Vergangenheit ergriffenen Maßnahmen zeigen bereits Wirkung. Von den 90 Kommunen, in denen die

Grenzwerte in 2016 noch überschritten wurden, haben im vergangenen Jahr 10 den Grenzwert wieder sicher eingehalten. Weiteren 15 Städten scheint es nach vorläufigen Zahlen ebenfalls gelungen zu sein.

Die verkehrsbedingten Stickoxidemissionen (NOx) sind zwischen den Jahren 1990 und 2015 laut Umweltbundesamt um 70 Prozent gesunken und das bei zunehmender Verkehrsleistung. Nur an einigen wenigen Plätzen in Ballungsgebieten werden die zulässigen Jahresmittelwerte überschritten. Schon wenige Meter neben der Messstation sind die Werte allerdings häufig deutlich niedriger. Die Stickoxidbelastung ist also kein flächendeckendes, sondern jeweils ein ortsabhängig räumlich eingegrenztes, punktuelles Problem. Entsprechend scheint mir ein Fahrverbot auch nicht die geeignete Antwort für eine effektive und effiziente Problemlösung zu sein.

Ich halte nichts von pauschalen Diesel-Fahrverboten, der Einführung weiterer Plaketten oder einer Verdammung des Verbrennungsmotors. Die derzeit aufgeheizte Debatte sollte dringend versachlicht werden, so dass wir bei der Luftreinhaltung zu sinnvollen Lösungen kommen können, mit denen Maß und Mitte gewahrt bleiben.

